



DIE ROTE HILFE

2.2020

ZEITUNG DER ROTEN HILFE E.V. | 2 EURO | 46. JAHRGANG | C 2778 F | WWW.ROTE-HILFE.DE

S. 13
REPRESSION

Squatting Days
2019 in Freiburg

S. 18
INTERNATIONALES

Repression gegen
„Independistas“
in Katalonien

S. 30
SCHWERPUNKT

Ein Kraftwerk fährt
runter – Die Schadens-
ersatzklage von RWE

S. 35

Hamburger Linie –
Eskalationsstrategie
gegen Fridays For Future

S. 57
AUS ROTER VORZEIT

Die illegale Rote Hilfe
Deutschlands in Speyer



Klimakämpfe

Repression und Gegenwehr

■ Der Rote Hilfe ist es wichtig, männlich oder binär dominierte gesellschaftliche Verhältnisse in ihren Publikationen nicht sprachlich zu reproduzieren. Deshalb bittet das Redaktionskollektiv der *RHZ* alle Autor_innen darum, in ihren Beiträgen Gender-Gap oder Gender-Sternchen zu nutzen. Sofern im Heft Beiträge abgedruckt sind, bei denen dies nicht der Fall ist, liegt das in einer ausdrücklichen Entscheidung der Autor_innen begründet oder daran, dass bspw. ein historischer Text nachgedruckt wird. In beiden Fällen möchte das Redaktionskollektiv nicht durch eigenhändiges Gendern ein Bewusstsein vorspiegeln, dass bei den Autor_innen beim Verfassen des Beitrags – aus welchen Gründen auch immer – tatsächlich nicht vorhanden war.



WER IST DIE ROTE HILFE?

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.

Aus der Satzung

EDITORIAL

IN EIGENER SACHE

4 Geld her! Dafür brauchen wir Eure Mitgliedsbeiträge ...

RECHT & UNORDNUNG

7 Finanzspritze für den Polizeistaat

REPRESSION

9 Ein Volk im Hausarrest

11 Tag (((i))) in Leipzig

13 Squatting Days 2019 in Freiburg

REPRESSION INTERNATIONAL

15 Der irische Hungerstreik von 1981

18 Wenn Dialog keine Option ist – Repression gegen „Independistas“ in Katalonien

20 Kampagne gegen Folter in Russland

SCHWERPUNKT

24 Organisierte Unverantwortlichkeit – Die Hintergründe zur „Reulung“

27 Ohne Unterlass – Repression und Gegenstrategien von Klimaaktivist*innen

30 Ein Kraftwerk fährt runter – Die Schadensersatzklage von RWE

33 Widerstand gegen Konzerne – Kriminalisierung der Klimagerechtigkeitsbewegung

35 Hamburger Linie – Eskalationsstrategie gegen Fridays For Future

37 Warum sich kämpfen lohnt – Hausfriedensbrüche im Rheinischen Braunkohlerevier

39 Räumung und Tod – Folgen von Repressionsmaßnahmen und die Geschichte von Elf

42 Der Klimadiskurs von rechts – Polarisierung, Desinformation und Hass

DEBATTE

45 Personalienverweigerung – Tabu oder Option?

48 Welche Rote Hilfe wollen wir sein?

AZADI

50 Azad!

REZENSIONEN

53 Rückhaltlose Aufklärung? – Fakten und Fragen zum Geheimdienst

55 Deutsche Geschichte – Über Heinrich und Elisabeth Hannover: Politische Justiz 1918 - 1933

AUS ROTER VORZEIT

57 „... äußerte nach seiner Entlassung aus der Schutzhaft, die ‚Rote Hilfe‘ habe tadellos funktioniert“ – Die illegale Rote Hilfe Deutschlands in Speyer



„... äußerte nach seiner Entlassung aus der Schutzhaft, die ‚Rote Hilfe‘ habe tadellos funktioniert“

Die illegale Rote Hilfe Deutschlands in Speyer

von Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

Nicht nur in den Metropolen, sondern auch in vielen kleineren Städten gab es in der Illegalität noch Strukturen der Roten Hilfe Deutschlands (RHD), die den Widerstand gegen den Faschismus durch ihre Solidaritätsarbeit stärkten. Ein Beispiel für die anhaltende Unterstützung, die trotz wiederholter Repressionsschläge sogar bis in die Jahre des Zweiten Weltkriegs organisiert wurde, bietet Speyer mit damals etwa 28.000 EinwohnerInnen.

■ Die am Rhein gelegene pfälzische Stadt war Teil des RHD-Bezirks Baden-Pfalz, der im Herbst 1932 über 8381 Individualmitglieder sowie zahlreiche Kollektivmitgliedschaften in insgesamt 145 Ortsgruppen verfügte.¹ Durch die geringe Entfernung zur Bezirksleitung in Mannheim und zur Unterbezirksleitung in Ludwigshafen war Speyer gut an die zentralen RHD-Strukturen angebunden. Allerdings stellte die großteils ländlich geprägte Pfalz keine Hochburg der Solidaritätsorganisation dar: die meisten Ortsgruppen waren überschaubar und beschränkten sich auf Mitgliederkassierung, Spendensammlungen und Literaturvertrieb.

Grund dafür war nicht zuletzt die repressive Situation, die durch die französische Besatzungsmacht, vor allem aber durch die Zugehörigkeit zur „Ordnungszelle Bayern“ entstand. Über lange Zeiträume hinweg waren in der Bayerischen Pfalz Mitgliederversammlungen die einzigen RHD-Veranstaltungen, die

nicht prinzipiell untersagt wurden; hinzu kamen häufige Hausdurchsuchungen, die Beschlagnahmung von Druckschriften und Redeverbote gegen missliebige PolitikerInnen. Dennoch brachten die zunehmenden Prozesse gegen Angehörige der ArbeiterInnenbewegung – insbesondere



Jakob Schultheis, Bestand:
NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz

nach körperlichen Auseinandersetzungen mit Nazis – der pfälzischen Roten Hilfe neue Mitglieder.

Abgesehen von einem kurzen Aufschwung der Kommunistischen Partei (KPD) Mitte der 1920er Jahre war Speyer in erster Linie sozialdemokratisch geprägt. Die Nazis konnten hier nur unterdurchschnittliche Ergebnisse verzeichnen. Angesichts der starken ArbeiterInnenbewegung ist es wenig erstaunlich, dass die Solidaritätsorganisation breite

Sympathien genoss. Das zeigt sich auch an den regelmäßigen Inseraten, die Speyerer EinzelhändlerInnen in der reichsweiten RHD-Zeitung *Tribunal* schalteten, insbesondere das Reformhaus Bachmann, das Möbelgeschäft Schirmer und Schwarz, das Schuhhaus Möller sowie die Bäckerei Rieg.

Aufgrund der staatlichen Verfolgungen waren die pfälzischen Rote-Hilfe-AktivistInnen bereits in der Weimarer Republik an die Bedingungen der Halblegalität gewöhnt, was die Fortführung nach dem Verbot im Frühjahr 1933 erleichtern sollte. Mit der Machtübertragung an die Nazis verschärfte sich die Situation extrem, und viele Mitglieder wurden im Rahmen der frühen Verhaftungswellen gegen kommunistische Kreise in die frühen KZs wie das Lager in Neustadt/Hardt verschleppt. In Speyer beschlagnahmte die Polizei im März 1933 bei Emil Kindler, der offenbar im örtlichen Literaturvertrieb der Organisation tätig war, 59 Exemplare der neuen RHD-Broschüre „Hitlers Weg zu den feinen Leuten“; er selbst wurde in „Schutzhaft“ genommen und später zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.² Laut KPD-Bezirksleitung waren bis 24. März 1933 900 PfälzerInnen verhaftet worden, von denen sich 806 in „Schutzhaft“ befanden; 450 von ihnen waren Mitglieder der KPD. Ab Ende März

wurden die meisten Betroffenen nach und nach in das neue KZ Dachau transportiert, das als zentrales Lager für die bayerischen Gebiete etabliert wurde.³

Zu diesem Zeitpunkt war die Rote Hilfe bereits im gesamten Reichsgebiet verboten, und die Mannheimer Bezirksleitung war nach einer Hausdurchsuchung am 12. April 1933 zerschlagen

¹ vgl. Organisationsbericht zur ZV-Sitzung vom 30. Oktober 1932, StA Bremen 4,65-484

² vgl. Hermann W. Morweiser, Vom antifaschistischen Widerstand in Speyer, Speyer 1983, S. 37

³ Klaus J. Becker, Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956, Mainz 2001, S. 56

worden, wodurch die Ortsgruppen in der Pfalz auf sich allein gestellt waren. Nach den zahllosen Verhaftungen war die Solidaritätsarbeit jedoch dringend nötig, weshalb sich autonome Strukturen entwickelten, die – teils in Zusammenarbeit mit Ludwigshafener KPD- und RHD-AktivistInnen, teils eigenständig – vor allem in der Vorderpfalz Spendensammlungen organisierten. Eine Schlüsselrolle kam dabei dem früh untergetauchten KPD-Unterbezirksleiter Adam Voltz zu, der gemeinsam mit Jakob Rummer und Karl Harth die Kontakte selbst in kleinste Dörfer neu belebte. In vielen dieser Widerstandsgruppen stand neben dem Vertrieb antifaschistischer Literatur der Gedanke der Roten Hilfe im Mittelpunkt, unter anderem in Lambrecht, Lambsdorf und Maxdorf.

In Speyer hatten einige AntifaschistInnen selbst die Initiative zur Neugründung einer RHD-Gruppe ergriffen, wie die spätere Anklageschrift gegen Willi Schmidt u. a. vermerkt. Demnach trafen sich der KPD- und RHD-Aktivist Willi Schmidt und seine Genossen Hermann Claus und Josef Götz im Frühjahr 1933 und „vereinbarten (...), dass für die Schutzhaftgefangenen und deren Angehörige etwas getan werden müsse und dass die Beziehungen zu den Ludwigshafener Genossen wieder aufgenommen werden müssten“ (Anklageschrift vom 31.8.1935 gegen Willi Schmidt u. a., S. 22, Studienkreis Deutscher Widerstand AN 2270). Schmidt arrangierte ein Treffen mit dem KPD-Funktionär Jakob Rummer in Ludwigshafen, bei dem die Schwerpunkte der Arbeit festgelegt wurden: Während ein Teil der kassierten Beiträge an die KPD-Unterbezirksleitung abgeführt werden sollte, war der Großteil des Gelds zur direkten Unterstützung der „Schutzhaft“-Gefangenen aus Speyer bestimmt. Im Gegenzug versorgte die Ludwigshafener KPD, die in den überregionalen Druckschriftenschmuggel eingebunden war, die Solidaritätsstruktur um Schmidt regelmäßig mit illegalen Zeitungen. Die Rolle des Kuriers übernahm Johannes Zieger, der die Zeitschriftenpakete bei einem antifaschistischen Kioskbetreiber in Ludwigshafen abholte und das Geld

für die KPD an Rummer übermittelte. Im Herbst 1933 fanden zudem zwei Treffen mit dem Unterbezirksleiter Adam Voltz statt, bei denen die Grundlagen der Klandestinität besprochen wurden.

Inzwischen hatte sich der Kreis in Speyer deutlich vergrößert, indem sich laut der späteren Anklage mindestens zwei jeweils sechsköpfige Kerngruppen herausgebildet hatten: zum Kreis um Josef Götz und Hermann Claus gehörten noch Valentin Heller, Johann Kannegiesser, Ferdinand Bader und Karl Gensheimer. Willi Schmidt kassierte regelmäßig bei Philipp Linn, Heinrich Jacqué, Karl Zech und den Brüdern Hans und August Wittmann. Indem der Fokus eindeutig auf den Rote-Hilfe-Sammlungen lag und betont wurde, dass die Beiträge „in der Hauptsache zur Unterstützung der Schutzhäftlinge und ihrer Familien verwendet würden“ (ebd. S. 26), konnten parteienübergreifend auch Nicht-KPD-Mitglieder gewonnen werden, die zuvor den sozialistischen Kultur- und Sportvereinen, der RHD, den Gewerkschaften oder der SPD angehört hatten. Da die Beteiligten monatlich mindestens 50 Pfennig bezahlten und weitere SympathisantInnen durch Einzelspenden die Arbeit unterstützten, konnte die Speyerer RHD regelmäßig Beträge von bis zu fünf Reichsmark für ihre in Dachau inhaftierten Genossen bereitstellen. Einer der Hauptempfänger war Hugo Gerloff, der vor 1933 Leiter des „Roten Sports“ gewesen war und ab März 1933 zwei Jahre lang mit einer kurzen Unterbrechung in „Schutzhaft“ war: „Aus der Sammeltätigkeit der Speyerer Genossen für die Zwecke der illegalen ‚Roten Hilfe‘ zog der Beschuldigte Gerloff den größten Nutzen“ (ebd. S. 32f). Der beliebte Kommunist besaß zentrale Bedeutung, da er – wie die Gestapo formulierte – „wegen seiner besonderen Begabung und Intelligenz die Seele der KPD in Speyer und Ludwigshafen gewesen“ (Schutzhaftbefehl gegen Hugo Gerloff vom 3.5.1935, S. 2, Studienkreis Deutscher Widerstand AN 3013) sei. Um die KZ-Leitung über die Herkunft der Geldsendungen zu täuschen, gab Willi Schmidt als Absender die Adresse von Gerloffs Frau an.

Parallel hatte sich noch ein dritter Spendenkreis um Friedrich Jost aus dem Nachbarort Harthausen entwickelt, dessen Hühnerfarm in der gesamten NS-Zeit als heimlicher Treffpunkt von AntifaschistInnen diente. Jost und seine Speyerer Genossen Fritz Lindemann und Georg Gutting schickten ebenfalls mehrfach fünf Reichsmark nach Dachau, um Gerloff die Haftbedingungen zu erleichtern. Bei seiner Entlassung aus Dachau erhielt der frühere Rotsportfunktionär einen weiteren Betrag, was er mit der freudigen Bemerkung aufnahm, „die ‚Rote Hilfe‘ habe tadellos funktioniert“ (Anklage Schmidt u.a. S. 32). Mit größter Wahrscheinlichkeit existierten daneben weitere RHD-Zellen, die dem Zugriff der Gestapo entgingen und dadurch nicht in den Akten zu finden sind.

Ende 1933 wurde die Ludwigshafener KPD-Spitze hart getroffen als mehrere Mitglieder der Mannheimer Bezirksleitung verhaftet wurden und Adam Voltz in die Schweiz flüchten musste. Im Auftrag der in Zürich ansässigen Grenzstelle der Roten Hilfe Deutschlands betreute Voltz nun die RHD-Bezirke Bayern und Württemberg, bis er auf einer Instruktorsreise am 4. Februar 1935 in Stuttgart der Gestapo in die Hände fiel und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Die Lücke, die Voltz' Weggang hinterließ, machte sich im gesamten Widerstand in der Vorderpfalz bemerkbar. Wenig später riss auch der Kontakt zwischen Speyer und Ludwigshafen ab und konnte trotz mehrfacher Versuche nicht wiederhergestellt werden. Ab Sommer 1934 bemühte sich die Gruppe deshalb, über das Saarland, das unter Völkerbundmandat und somit außerhalb des NS-Zugriffs stand, in überregionale Strukturen und in den kommunistischen Zeitungsschmuggel eingebunden zu werden.

Ende Februar 1935 kam die Gestapo der Widerstandsorganisation auf die Spur, und eine große Verhaftungswelle traf Dutzende AktivistInnen aus Speyer. Gegen 28 Antifaschisten wurde schließlich Anklage erhoben, wobei außer der Betätigung für die illegale Rote Hilfe und KPD ab 1933 noch der Vorwurf im Raum stand, einige Angeklagte hätten im



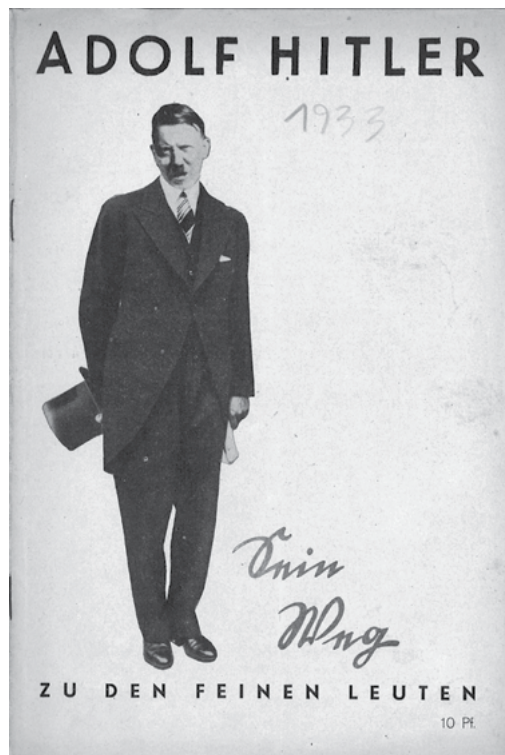
Jahr 1932 den Roten Frontkämpferbund neu aufzubauen versucht. Im Prozess am 31. Oktober 1935 wurden zwar nur acht der Beschuldigten zu Gefängnisstrafen verurteilt, doch war die Solidaritätsorganisation in der Stadt dadurch deutlich geschwächt. Dass die Gestapo mit dem Repressionsschlag im Frühjahr nur einen Teil der Strukturen aufgedeckt hatte, wurde im August 1935 ersichtlich, als drei weitere Jungkommunisten wegen Beitragszahlungen für die RHD verhaftet wurden. Andere Zellen blieben vermutlich unentdeckt weiter tätig, denn einige Jahre später sollte innerhalb kurzer Zeit eine neue Hilfsorganisation in der Stadt entstehen.

Den Anstoß gab der Speyerer Malermeister Jakob Schultheis, der weite Teile seiner politischen Organisation in der SPD und den Gewerkschaften verbracht, aber Anfang der 1920er Jahre auch kurzzeitig der KPD und der anarchosyndikalistischen FAU angehört hatte. Nachdem er im September 1942 bei einem Besuch in Singen Rosa Thälmann, die Frau des inhaftierten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann, kennengelernt und von ihrer wirtschaftlichen Notlage erfahren hatte, begann er mit dem Aufbau eines breitgefächerten Netzwerks, das als „Speyerer Kameradschaft“ bekannt wurde. Auch wenn sie sich nicht offiziell als Rote-Hilfe-Gruppe verstand, griff sie mit der parteienübergreifenden Solidarität einen zentralen Gedanken und mit der Unterstützung für Ernst Thälmann eine der wichtigsten RHD-Kampagnen der Illegalität auf. Viele Beteiligte waren zudem vor 1933 oder in der Illegalität für die Rote Hilfe tätig gewesen.

Nachdem Jakob Schultheis seine Pläne zunächst mit seiner Frau Emma und seinem Bruder Otto diskutiert hatte, sprach er zahlreiche NazigegnerInnen aus verschiedenen Spektren an, die er aus seiner langjährigen politischen Arbeit kannte und die aus ihrem privaten oder geschäftlichen Besitz Spenden beisteuerten. Zu Weihnachten 1942 konnte er Rosa Thälmann 100 Reichsmark sowie Wein,

Kognak, Eier und 50 Zigarren übergeben. Bei diesem Besuch in Singen kam Schultheis in Kontakt mit Thälmanns Tochter Irma Vester, die mit vielen Widerstandsgruppen in Verbindung stand und von nun an mit der Speyerer Kameradschaft engen Austausch pflegte.

Die Zahl der UnterstützerInnen und der Umfang der Sammlungen stiegen rapide an. In den letzten Wochen des Jahres, in denen die RHD früher die Win-



RHD-Broschüre März 1933, Bestand:
Hans-Litten-Archiv

terhilfesammlungen für die politischen Gefangenen organisiert hatte, verstärkte sich auch die Aktivität in Speyer: Bereits im Dezember 1943 überwies Emma Schultheis 120 Reichsmark an Rosa Thälmann, und ihre beiden Genossen Heinrich Thiery und Wilhelm Bisdorf reisten im Januar nach Singen, um 30 Reichsmark und eine große Menge Sachspenden persönlich zu überbringen.

Hatte sich die Gruppe anfangs auf die Solidaritätsaktivitäten beschränkt, erweiterte sich die illegale Arbeit nach und nach. Bei regelmäßigen Treffen hörten die WiderstandskämpferInnen gemein-

sam ausländische Radiosender und erörterten den Aufbau einer größeren antifaschistischen Organisation ebenso wie Pläne für eine neue Gesellschaft nach der Befreiung.

Daneben versuchte die Speyerer Kameradschaft, polnische und sowjetische ZwangsarbeiterInnen einzubinden, wobei der mehrsprachige Aktivist Stanislaus Peplinski als Dolmetscher und Kontaktmann fungierte. Auf der Hühnerfarm von Friedrich Jost, die bereits bei den RHD-Sammlungen ab 1933 ein wichtiger Vernetzungsort gewesen war, druckten Jost, Thiery und Peplinski antifaschistische Flugblätter. Dennoch blieben die Spendensammlungen für die Familie Thälmann ein zentraler Arbeitsbereich, wobei nun die materielle Hilfe für die ZwangsarbeiterInnen hinzukam.

Als die Hamburger Etter-Rose-Hampel-Gruppe, die mit Irma Vester Kontakt hatte, im Frühjahr 1944 durch einen Spitzel aufflog, dehnte sich die Verhaftungswelle über Rosa Thälmann und ihre Tochter bis in die Pfalz aus: Am 15. April 1944 wurde Emma Schultheis auf dem Rückweg von Singen festgenommen, Dutzende weitere AktivistInnen aus Speyer folgten. Die Spendensammlungen wurden als besonders staatsgefährdend eingestuft: „Sie haben in den Jahren 1942 - 1944 in Speyer a. Rh. durch Spenden von Geldbeträgen und Lebensmitteln für Thälmann und seine Familie einen gewaltsamen Umsturz in Deutschland hochverräterisch vorbereitet“ (Anklageschrift vom 7.11.1944 gegen Anton Schultheis u. a., S. 1, Studienkreis AN 3027).

31 Angeklagte, darunter acht ZwangsarbeiterInnen, wurden in drei Großprozessen vor Gericht gestellt und größtenteils zu Haftstrafen von bis zu acht Jahren verurteilt. Gegen Jakob Schultheis und Stanislaus Peplinski hingegen sprach der Volksgerichtshof am 15. Februar 1945 die Todesstrafe aus, die am 19. März vollstreckt wurde. Auch andere Solidaritätsaktivisten aus der Gruppe wurden in den letzten Tagen vor der Befreiung von den Nazis ermordet. ❖